



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag – weiterhin in reduzierte Abgeordnetenstärke – am Mittwoch und Donnerstag zur 118. und 119. Plenarsitzung zusammen.

Der erste Plenartag begann mit einer Aktuellen Stunde zur Olympia-Bewerbung für 2032. Weitere Themen am Mittwoch waren die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes, die steuerliche Entlastung von Vereinsmitgliedern sowie die Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität in der Justiz.

Am Donnerstag unterrichtete die Landesregierung das Parlament zunächst über die neuen Beschlüsse aus der Ministerpräsidentenkonferenz. Außerdem wurde über digitale Lösungen für eine nachhaltige Öffnungsstrategie, die Stärkung von betrieblicher und akademischer Weiterbildung und die Ausrichtung der Imamausbildung in NRW debattiert.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund
Ihr Raphael Tigges

Novellierung des Weiterbildungsgesetzes

Die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen haben einen gemeinsamen Antrag zur Novellierung des Weiterbildungsgesetzes in den Landtag eingebracht.

Damit soll die Weiterbildung in NRW zukunftsfähig aufgestellt werden, indem unter anderem die Möglichkeiten zur Nachholung von Schulabschlüssen ausgebaut, die Fördermittel erhöht, Anreize für Innovationen geschaffen und die Bürokratie abgebaut wird.

„Die Novelle ist ein wichtiger Schritt, um die Weiterbildung in NRW ihrem Stellenwert entsprechen sichtbarer zu machen und das lebensbegleitende Lernen zu stärken“, erklärten die fachpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen.

Rede zur steuerlichen Entlastung von Vereinsmitgliedern

Am Mittwoch habe ich meine erste Rede als neues Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Antrags der Landtagsfraktionen von CDU und FDP gehalten.

Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, dass Vereinsbeiträge in der Einkommenssteuererklärung für die Coronajahre 2020 und 2021 steuerlich abzugsfähig gemacht werden.

Viele Vereine befürchten in den kommenden Monaten durch wachsende Mitgliederaustritte in ernsthafte Existenznöte zu geraten.

Mit einer steuerlichen Absetzungsmöglichkeit von Beiträgen entlasten wir zahlreiche Mitglieder, die sich mit großen Einsatz ehrenamtlich in ihren Vereinen engagieren, und stärken damit gleichzeitig die Vereinsstrukturen.

Aktuelle Stunde zur Olympiabewerbung für 2032

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am Mittwoch über den aktuellen Stand der nordrhein-westfälischen Bewerbung für Olympia 2032.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte zuletzt bekanntgegeben, ausschließlich über die Bewerbung des australischen Brisbane zu verhandeln.

Ministerpräsident Armin Laschet kritisierte die Vorgehensweise und die fehlende Transparenz seitens des IOC ausdrücklich: „Wir hätten alles geliefert, was man braucht, wenn wir gewusst hätten, dass so kurzfristig entschieden wird. Ich will für diese Bewerbung kämpfen, daher werden wir unser Angebot aufrecht erhalten.“

Eine alternative Bewerbung für die olympischen Spiele 2036 wollte Armin Laschet ebenfalls nicht ausschließen. Gerade mit Blick auf die dann 100 Jahre zurückliegenden Spiele in Berlin, wäre dies ein Zeichen für Toleranz und Multikulturalität.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Besuch des Impfzentrums Gütersloh

Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen André Kuper und Landrat Sven-Georg Adenauer hatten wir zum Start des Impfzentrums die Gelegenheit uns die Abläufe vor Ort einmal genauer anzuschauen.

Das Impfzentrum in Gütersloh hat zuletzt die Öffnungszeiten ausgedehnt und arbeitet nun im Zwei-Schicht-Betrieb vormittags und nachmittags. Sobald mehr Impfstoff zur Verfügung steht, werden die Kapazitäten noch weiter hochgefahren.



Krankenhausgestaltungsgesetz

Der Landtag hat am Mittwoch das sogenannte Krankenhausgestaltungsgesetz beschlossen. Damit wird die Grundlage für eine moderne Krankenhausplanung in NRW geschaffen.

„Eine neue und moderne Krankenhausplanung ist für NRW längst überfällig. Durch die Maßnahmen der rot-grünen Vorgängerregierung sind mittlerweile viele Kliniken geschlossen, insbesondere im Bereich der freien und gemeinnützigen Trägerschaften. Darunter leiden vor allem ländliche Regionen, wohingegen es in anderen Regionen eine wirtschaftliche problematische Überversorgung gibt“, berichtet der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Peter Preuß.

Bis heute wird die Anzahl an Krankenhausbetten als zentrale Planungsgröße für die jeweilige Krankenhausplanung herangezogen. Das neue Gesetz zielt jetzt darauf ab, anstatt mit der Anzahl an Betten mit Leistungsbereichen zu planen.

Unterrichtung der Landesregierung

Am Mittwoch kamen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur gemeinsamen Beratung mit der Bundeskanzlerin zusammen, um gemeinsam über die aktuelle Corona-Lage und die weiteren Schritte bei der Bekämpfung des Virus zu sprechen.

Wie auch bereits in den zurückliegenden Wochen unterrichtete die Landesregierung den Landtag am darauffolgenden Tag über die neuen Beschlüsse.

Bund und Länder haben sich auf eine Verlängerung der Maßnahmen bis zum 28. März verständigt. Dennoch wird es in einem ersten Öffnungsschritt Lockerungen geben. Ab dem 08. März sollen Gartenmärkte, Blumengeschäfte und Buchhändler unter Hygieneauflagen wieder öffnen. Auch bei den persönlichen Zusammenkünften wird die Personenanzahl auf maximal 5 Menschen aus 2 Haushalten erhöht. Körpernahe Dienstleistungen, Fahr- und Flugschulen sind ebenfalls von den Lockerungen betroffen.

Weitere Öffnungsschritte sind von der 7-Tage-Inzidenz abhängig und können von den Ländern bereits ab einem Inzidenzwert von unter 100 bei Beachtung strenger Nachverfolgungs- und Testkonzepte umgesetzt werden. Die konkrete Umsetzung der Bund-Länder-Beschlüsse befindet sich aktuell in der Ausarbeitung durch das Gesundheitsministerium NRW. Den MPK-Beschluss finden Sie [hier](#).

Urban Air Mobility für zukunftsfähige Flughäfen

Mit einem gemeinsamen Antrag hat sich die NRW-Koalition am Donnerstag im Landtag für eine ideologiefreie und innovative Mobilitätspolitik eingesetzt.

Ziel des Antrages ist, dass NRW Vorreiter bei der Einführung von Flugtaxen wird und sich das Land damit zu einer echten Air Mobility Region in Deutschland entwickelt.

Für viele Regionalflughäfen, wie auch bei uns in der Region in Paderborn, kann der bedarfsorientierte Einsatz von Flugtaxen ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell darstellen. Das Land NRW muss die Flughäfen nun durch rechtliche Rahmenbedingungen und die Entwicklung neuer Zukunftsperspektiven unterstützen.